

# Zu einigen Problemen der Zeitgeschichtsschreibung.<sup>1</sup>

Rolf Badstübner

Auf dem letzten Kolloquium, das der Bereich DDR-Geschichte der in Abwicklung befindlichen Akademie der Wissenschaften der DDR veranstaltete, entwickelte Lutz Niethammer 1991 folgendes Szenario: „Die Geschichte der Sieger ist ja vielfach geschrieben worden..., und auch auf dieser Seite Deutschlands hat man ja vielfach gemerkt, daß der Sieg und die Geschichte der Sieger verdummt. Das ist eine Erfahrung, die wir jetzt austauschen, denn jetzt merken es mehr die Westdeutschen, wie sehr der Problemhorizont verflacht wird durch den Sieg.“ Und davon ausgehend hielt er es für möglich, daß demgegenüber die entscheidenden Innovationen von den Besiegten kommen würden, „weil sie nämlich über die konventionellen Problemhorizonte hinausgreifen und weitere Begründungszusammenhänge erschließen müssen, um ihre eigene Identität zu bewahren, die Gründe ihrer Niederlage zu begreifen und einen neuen erfolgversprechenden Ansatz finden zu können.“<sup>2</sup>

Der Umgang mit den „besiegten“ Historikern ignorierte solche Möglichkeiten und Perspektiven, oder vielleicht muß man sagen, beugte ihnen gezielt und wirksam vor. Im Unterschied zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern gab es ja im Hinblick auf die DDR keine Fortexistenz unter veränderten Bedingungen und mit eigenständigen Wandlungsprozessen, sondern - nach einer kurzen, scheinbar auch noch andere Optionen bietenden Übergangsperiode - den Anschluß an die BRD mit dem Ziel ihres „Aufgehens“ in dieser. Die DDR-Eliten wurden nicht gebraucht. Sie konnten leicht durch „überschüssiges“ westdeutsches Elitenpersonal ersetzt und auf diese Weise verdrängt werden. Sämtliche Lehrstühle oder Leitungspositionen in Instituten, die sich ganz oder teilweise mit DDR-Geschichte befassten, gerieten unter westdeutsche Regie und unter ein ebensolches Deutungsmonopol. Ganz gleich mit welchem methodologischen Arsenal und mit welchen forschungsleitenden Konzepten die offizielle DDR-Forschung seitdem betrieben wird und ob der einzelne Forscher mehr oder weniger differenziert vorgeht, er tut es in einem abgesteckten und ausgerichteten Rahmen, der von einer Außen- und Fremdsicht auf die DDR dominiert wird.

Dies festzustellen bedeutet nicht, die Meinung zu bedienen, daß nur, wer in der DDR gelebt hat, DDR-Geschichte schreiben könne und dürfe. Aber der völlige Verzicht auf die Förderung und Duldung einer eigenständigen ostdeutschen

---

<sup>1</sup> Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, der am 10. Oktober 2003 auf einem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem Verein „Helle Panke“ in Potsdam veranstalteten Kolloquium über die DDR-Geschichtsschreibung in der DDR vor und nach 1989 gehalten wurde. Siehe auch den Konferenzbericht von Elke Scherstjanoi in diesem Heft. Unter Zeitgeschichte wird im folgenden - gemäß dem in der DDR-Geschichtswissenschaft üblichen Verständnis - der Zeitraum ab 1945 begriffen.

<sup>2</sup> Zitiert nach Elke Scherstjanoi (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr“. Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S.69.

„Aufarbeitung“ von DDR-Geschichte in der offiziellen, etablierten Zeitgeschichtsschreibung, als notwendige Ergänzung und auch Korrektur westdeutscher Sicht, beförderte und beförderte weiter Einseitigkeiten und „Verdummung“ und führt zu einem Glaubwürdigkeitsproblem. Daß es hier auch andere Möglichkeiten durchaus gegeben hätte, belegen diejenigen Zeitgeschichtler aus der DDR, die trotz Demütigungen, Anfeindungen und widriger Umstände nicht resignierten, meist in sehr kritischer und selbstkritischer, oft sehr schmerzlicher Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einen neuen Anfang fanden, zu neuen Sichtweisen und Positionen vorgedrungen sind und dies zum Teil mit neuen, Beachtung verdienenden Publikationen belegt haben, wie nicht zuletzt aus Stefan Bergers Arbeit zur ostdeutschen Geschichtskultur hervorgeht.<sup>3</sup> Es ist sehr zu begrüßen, daß darüber ernsthaft diskutiert wird. Gemeinhin geschieht das ja nicht, insbesondere wenn Publikationen über die neuen konventionellen Problemhorizonte hinausgreifen und das Deutungsmonopol der Sieger alternativ hinterfragen.

Dietrich Staritz hat in seinen Ausführungen die nicht zu leugnende enge politische Bindung, Bevormundung und Instrumentalisierung der historischen DDR-Forschung in der DDR herausgearbeitet. Vieles an dem gezeichneten Bild ist richtig, aber es ist das Bild einer Außensicht, und es ist das Bild, das sich weitgehend aus den bis 1989/90 erschienenen Publikationen ergibt. Diese repräsentieren bestenfalls den Stand von 1988, spiegeln die Umdenkungsprozesse hinsichtlich Inhalt und Perspektive von DDR und Sozialismus nicht wider, die sich schon vollzogen hatten, bis hin zur Einsicht, daß der Wettbewerb mit dem Kapitalismus wohl kaum zu gewinnen sei und man von der liebgewordenen Gewißheit Abschied nehmen müsse, zu den Siegern der Geschichte zu gehören. Grundlegende System-Reformen und Erneuerungen schienen unaufschiebbar. Die internationale Anerkennung der DDR und der Helsinki-Prozeß führten zu neuen Weltansichten. Im Zusammenhang mit dem „Ideologiepapier“ von SPD und SED (1987) erfolgten neue Positionsbestimmungen zur Bundesrepublik, der Friedensfähigkeit bescheinigt wurde, und die es sachlich, aber natürlich nicht unkritisch als zu respektierende andere deutsche Realität zu bewerten galt. Dabei traten im Problemrat für die Geschichte von SED und DDR erstmals in einer politischen Grundsatzfrage scharfe und unüberbrückbare Meinungsunterschiede zwischen den Vertretern der neuen Positionen und denen hervor, die darauf beharrten, die Bundesrepublik weiterhin als „imperialistischen NATO-Staat“ abzuqualifizieren.

Es ist also notwendig, die Außensicht durch eine Binnen- oder Innensicht zu ergänzen. Wohl keinem, der sich in der DDR mit DDR-Geschichte befaßt hat, blieb verborgen, daß es beträchtliche Differenzierungen und Unterschiede im Verständnis des Gegenstandes DDR-Geschichte, in der Methodologie und bei konzeptionellen Leitlinien zwischen einer stark an den Parteibeschlüssen ausgerichteten politischen

---

3 Siehe Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 11/2002, S.1016-1034.

Parteigeschichtsschreibung und einer an der Akademie der Wissenschaften und verschiedenen Universitäten immer stärker favorisierten, auf gesellschaftliche Prozesse, Lebensweise und Alltag, auf Gesellschafts- und Kulturgeschichte ausgerichteten Beschäftigung mit DDR-Geschichte gab. Gegen den hartnäckigen Widerstand der „Politikhistoriker“ gelang es in den achtziger Jahren schließlich doch, der „Daseinsberechtigung“ von Sozial-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte auch für die Erforschung von DDR-Geschichte zur Anerkennung zu verhelfen. Ein erster Sammelband zur Sozialgeschichte der DDR konnte in Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftsbereich DDR-Geschichte an der Akademie und Universitäten fertiggestellt werden. Gegen seine Publizierung gab es allerdings immer wieder Einwände und Widerstände, so daß er vor der 1989 nicht mehr erscheinen konnte.<sup>4</sup>

Mit einem vertieften Erbe- und Traditionsverständnis bis hin zu den in Alltag und Lebensweise wirkenden unterschiedlichen, keineswegs nur sozialistischen oder sozialismuskonformen Traditionen weitete sich die Problemsicht auf die DDR. Das blauäugig-simple Verständnis von Sozialismus und DDR, das noch den „Abriss“ der SED-Geschichte prägte, wurde von Sichtweisen verdrängt, die DDR-Geschichte stärker hinterfragten und problematisierten. Als das wichtigste Ergebnis dieser Bemühungen steht der Band 9 der Deutschen Geschichte, der im Oktober 1989 als sechster und letzter Band der auf zwölf Bände ausgelegten Deutschen Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart erschienen ist und der die Entstehungsgeschichte der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften und -staaten behandelt.<sup>5</sup> Mit ihm wurde der Versuch unternommen, unter breiter Einbeziehung von Betrachtungen zu Wirtschaft, Gesellschaft, Alltag und Kultur, ein möglichst komplexes Geschichtsbild zu rekonstruieren. Doch der Band, der schon ein Jahr vorher abgeschlossen worden war, kam zu spät und wurde nur noch von wenigen, wie von Norman Naimark, als die beste Darstellung der SBZ wahrgenommen,<sup>6</sup> obwohl darin die Besatzungspolitik stark unterbelichtet blieb. Das hatte seinen Grund in Quellenlage und begrenztem Forschungsstand. Die Darstellung basierte, wiewohl in einem unterschiedlichen Maße, auch auf der Erschließung neuer Quellen, insbesondere aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED. Doch der Zugang zu entscheidenden Quellen, wie den Beratungen bei Stalin, wurde verwehrt. In vielem, wie bei Behandlung der Demontagen,<sup>7</sup> vermittelte der Band eine stärker problematisierende und realitätsnähere Sicht. So wurde die das sozialistische

---

4 Danach war es bei der Vielzahl von Autoren nicht möglich, die notwendigen Überarbeitungen vorzunehmen, die für eine Publikation erforderlich gewesen wären. Erschienen ist ein von Peter Hübner für die Fernuniversität Hagen verfaßter Lehrbrief zur Sozialgeschichte der DDR.

5 Autorenkollektiv: Deutsche Geschichte, Band 9: Die antifaschistische-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR, Berlin 1989. Der Titel ist etwas irreführend, denn die Konstituierung der BRD wird ebenfalls ausführlich behandelt.

6 Siehe Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A history of Soviet Zone of occupation, Cambridge/London 1995, S.2.

7 Siehe Autorenkollektiv, Deutsche Geschichte, Band 9, S.206.

Weltsystem prägende historische Rückständigkeit der Mehrzahl der Länder, einschließlich der Sowjetunion, hervorgehoben und betont, daß dies die Formen und Wege zum Sozialismus „in erheblichem Maße beeinflusste“, woraus letztlich auch Demokratiedefizite resultierten.<sup>8</sup> Bei der Bewertung der Gründung der DDR wurde mit den Ausführungen Wilhelm Piecks, daß man lange gezögert habe, ob man einen Oststaat gründen könne und solle, daß „wir aber nunmehr um diesen Schritt nicht mehr herumkommen können“<sup>9</sup>, eine Akzentuierung vorgenommen, die zum Hinterfragen der Lebensfähigkeit der DDR anregen konnte. Aber die durch den „Abriß“ der SED-Geschichte festgeschriebenen Positionen und gezogenen Grenzen konnten nicht überwunden bzw. durchbrochen werden. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) fungierte als letzte und ausschlaggebende Kontroll- und Zensurinstanz, aber auch der eigene Erkenntnisprozeß war damals noch nicht soweit fortgeschritten, um z. B. die „Entwicklung zur Partei neuen Typus“ als die entscheidende falsche Weichenstellung einzuschätzen, die die Fehlentwicklung in Richtung Stalinisierung bewirkte.

Diese und andere wesentliche Erkenntnisse, wie die entscheidende von einem notwendigen Paradigmenwechsel in der DDR-Geschichtsschreibung, reiften erst im Zeitraum von Herbst 1988 bis Herbst 1989 heran. Ein solcher Paradigmenwechsel wurde in einem Arbeitspapier deutlich angemahnt, das der Bereich DDR-Geschichte in der Vorbereitungsphase zum 1991 fälligen XII. Parteitag der SED der Leitung des Zentralinstituts für Geschichte im Zusammenhang mit einer Bilanzierung zu Erbe und Tradition vorlegte. Davon ausgehend, daß die DDR „eine Zwangsgeburt mit beträchtlichen, teils noch heute wirkenden [...] Geburtsschwächen“ sei, wurde in dem Papier ein äußerst kritisches Bild von den obrigkeitstaatlichen Zügen der DDR gezeichnet, wurden die unterschiedlichen Generationserfahrungen mit der DDR und daher Sichtweisen auf die DDR hervorgehoben, solche Traditionen der Arbeiterbewegung benannt, die als überkommene Rituale wie ein Alp auf der DDR lasteten. Hier und auf anderen Gebieten wurden entscheidende Veränderungen eingefordert.<sup>10</sup> Das Papier wurde nach scharfer und kontroverser Diskussion zurückgewiesen und eingezogen, wie es wohl die Institutsraison gebot. Allerdings wurde von den kritisierten Autoren nicht verlangt, ihren Positionen abzuschwören, und sie verfolgten diese weiter. So konnten auf der Fachtagung der Historikergesellschaft der DDR im November 1989, die dem Erscheinen des Bandes 9 der Deutschen Geschichte gewidmet war, die folgenden kritischen Wertungen und weiterführenden Orientierungen gegeben werden:

„Bei allen Fortschritten, die wir in einigen neueren Publikationen in Richtung auf ein komplexes Geschichtsbild zu verzeichnen haben, sind auch diese Darstellungen

---

8 Ebenda, S.360.

9 Ebenda, S.457.

10 Siehe auch die Bewertung bei Sabrow, der das Papier später von mir erhielt: Martin Sabrow: Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956-1989), in: Ders./Peter Th. Walter: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, S.219.

noch sehr stark von überholten bzw. zu überprüfenden Prämissen und Sichtweisen geprägt, die die konzeptionellen Leitlinien beeinflussen [...] Die DDR-Geschichte ist sehr viel breiter, vielschichtiger und mannigfaltiger [als der revolutionäre Prozeß], in vielem auch gar nicht sozusagen sozialismusbestimmt, sondern ‚fremd bestimmt‘“ von dem geschichtlichen Erbe, das sie antreten mußte und aus dem heraus Determinanten und Konstanten der DDR-Geschichte von keineswegs nur marginaler Bedeutung wirkten. „Die Jugend konnte die Sicht der Altkommunisten, die sich als Sieger der Geschichte sehen, nicht nachvollziehen. Für sie verbanden und verbinden sich mit der DDR und dem Sozialismus Licht und Schatten, Errungenschaften und schwere Belastungen, persönliche Konfliktfelder und schwere Entscheidungen [...] Sozialgeschichtliche Sicht und die Aufarbeitung von Lebensgeschichte machen deutlich, daß gesellschaftlich-politische Umbrüche, so radikal auch immer sie sein mögen, wiederum nur einen Teil der überlieferten Bestände erfassen. Vollends erfolgt die Wandlung des historischen Subjekts viel widersprüchlicher und langfristiger als von uns angenommen.“<sup>11</sup>

Aus der Binnensicht werden m. E. beträchtliche Entwicklungs- und Wandlungsprozesse in der DDR-Geschichtsschreibung deutlich, die wichtige Voraussetzungen dafür schufen, daß nach 1989/90 auf neue Weise weitergearbeitet werden konnte. Sie bilden die Brücke beim Übergang in die ostdeutsche historische Alternativkultur. Heute zeigt sich denen, die solide gearbeitet hatten, daß das Umschreiben immer auch seine Grenzen hat. Nicht unbeträchtliche Bestände der früheren Arbeit können und müssen ihre Weiterverwendung finden.

Vor kurzem konnte anläßlich des 75. Geburtstages von Hermann Weber in einem Band mit über 500 Seiten eine auf den ersten Blick beeindruckende Bilanz der im letzten Jahrzehnt mit hoher Intensität und auf breiter Basis betriebenen historischen DDR-Forschung vorgestellt werden. Allerdings tun sich auch deutliche Defizite auf, so hinsichtlich der schon seit Anfang der neunziger Jahre als dringend notwendig angemahnten Gesellschaftsgeschichte der DDR, wo wir, wie Thomas Lindenberger feststellen mußte, „von einer syntheseartigen Darstellung noch weit entfernt“<sup>12</sup> sind. Und was „Gesamtbild und Wertung der DDR“ anbetrifft, gibt es, wie Bernd Faulenbach in seinem Resümee hervorhob, „bislang keinen Konsens“.<sup>13</sup> Und man kann ihm sehr zustimmen, wenn er feststellt: „Multiperspektivität in der Betrachtung der DDR scheint möglich und nötig, was allerdings bedeutet, daß sich die verschiedenen Positionen ihrer Partikularität bewußt sind. Nicht legitim - jedenfalls

---

11 Rolf Badstübner: Historische Wurzeln unserer Krise und Aufgaben der Geschichtsschreibung über die Geschichte der DDR, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seebert (Hrsg.): Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der Geschichtswissenschaft der DDR 1989/90, Stuttgart 1992, S.299f.

12 Thomas Lindenberger: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand der Gesellschaftsgeschichte, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.): Bilanz und Perspektive der DDR-Forschung, Paderborn u.a. 2003, S.244.

13 Bernd Faulenbach: Nur eine „Fußnote in der Weltgeschichte“? Die DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Eppelmann/Faulenbach/Mähler, Bilanz, S.22.

auf der Basis des Wertesystems des Grundgesetzes - ist jedoch eine Sicht, die die terroristische bzw. repressive Komponente der DDR bagatellisiert oder wegeskamotiert; sie mißachtet die Opfer.<sup>14</sup>

Hier erhebt sich allerdings die Frage, ob diese „Multiperspektivität“ auch die Positionen der alternativen ostdeutschen Geschichtskultur mit einbezieht und toleriert oder ob diese durch den letzten Satz als illegitim bewertet werden sollen, obwohl die meisten keineswegs Gewalt und Verbrechen bagatellisieren. Aus dem Umstand, daß nicht wenige ernstzunehmende Publikationen in dem voluminösen Band - was sehr befremdlich ist - gar keine oder nur eine marginale Berücksichtigung finden, kann man letzteres bedauerlicherweise nicht ausschließen. Der Grundtenor des Bandes zielt dahin, eine Erfolgsgeschichte zu bilanzieren, legt man kritische Maßstäbe an, dann wäre jedoch eher zu schlußfolgern, daß trotz enormen Aufwandes Entscheidendes verfehlt wurde. In der Form dem gegebenen Anlaß gemäß zurückhaltend, führte dies Jürgen Kocka auf dem Kolloquium zu Ehren Hermann Webers aus. Er benannte dabei deutlich Fehlsätze und Defizite.<sup>15</sup> Aus ostdeutscher Perspektive möchte ich einiges noch etwas schärfer akzentuieren.

Daß die Gesamtbilanz so ausfällt, ist nicht zufällig, sondern hat seine guten oder vielmehr schlechten Gründe; denn etwas ist schief gelaufen. Und das ist auch ein Grund dafür, daß die ostdeutsche historische Kultur den Charakter einer alternativen Geschichtskultur angenommen hat. Ein weiterer Grund liegt in einer anderen Wissenschaftstradition, die die Position einer systemimmanenten Kritik mit einschließt. Doch die systemimmanente Kritik gilt dort nichts mehr, wo das System, was immer man darunter versteht, undifferenziert und unhistorisch als falsch, schlecht und verwerflich dargestellt werden soll. Folgerichtig mußten die DDR-Eliten, eingeschlossen die „systemnahen Historiker“, in größerem Umfang „bestraft“ und „entsorgt“ werden. Das Recht auf politischen Irrtum wurde ihnen ebenso verwehrt wie die Zubilligung eines fehlgeleiteten Idealismus oder idealistischer Verblendung, mit der man üblicherweise „nach rechts“ Milde walten läßt. Im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wirkt bis heute ein fundamentalistischer Antikommunismus, der sich auch des Psychoterrors bedient.

Die ehemaligen Zeitgeschichtler der DDR sind hinsichtlich politischer Bevormundung gebrannte Kinder. Viele wollten und konnten die neue politisch-ideologische Bevormundung und Reglementierung, denen die Zeitgeschichtsschreibung Anfang der neunziger Jahre durch die bundesrepublikanische Politik und

---

14 Ebenda.

15 Siehe Jürgen Kocka, Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. In: DeutschlandArchiv, H. 5/2002, S.764-769. Inzwischen liegen dazu eine diese Bilanzierung mehr infrage stellende Ausarbeitung seitens der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte in München (Frankfurter Rundschau, 30.9.2002) und eine Kockas Kritik bekräftigende seitens Thomas Lindenberger/Martin Sabrow vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (Frankfurter Rundschau, 12.11.2003) vor, die beide auf den Homepages der betreffenden Institute abgerufen werden können. Sie konnten für den vorliegenden Artikel nicht mehr ausgewertet werden. Die, wengleich unterschiedliche, Auflistung von gravierenden Desiderata bekräftigen jedoch m. E. auf ihre Weise die hier gezogene Bilanz, so daß sich keine nachträglichen Relativierungen oder Korrekturen erforderlich machen.

eine aufgeheizte öffentliche Meinung ausgesetzt wurden, nicht mitvollziehen. Es fand eine konservativ-neoliberale, modernistische Umdeutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive seines Endes und des errungenen Sieges über den Sozialismus, dessen unrühmlichen Unterganges und aufgedeckter Verbrechen statt. Darin eingebettet wurde - in Wiederbelebung der Sichtweisen des kalten Krieges - ein quasi verbindliches Gesamtbild der DDR vorgegeben, die DDR wurde - im unbekümmerten Vorgriff auf die Ergebnisse noch ausstehender Forschung - ausschließlich auf zweite deutsche Diktatur, Unrechtsstaat, Unrechtssystem, Stasi, Mauertote, Flüchtlinge, Täter und Opfer zurechtgestutzt und abgewertet. Seitdem steht die offizielle Zeitgeschichtsforschung der Neu-Bundesrepublik offensichtlich stark unter dem übermächtigen Druck dieser ideologisch-politisch geprägten Vorgaben und übt „political correctness“. Das wird auch daran deutlich, daß viele von denjenigen, die sich in den siebziger und achtziger Jahren zu einer differenzierteren, um Objektivität bemühten Sicht auf die DDR durchgerungen hatten, wieder hinter diese Positionen zurückgehen. Ein besonders eklatantes Beispiel sei hier angeführt.

Anfang der siebziger Jahre urteilten Kurt Sontheimer und Wilhelm Bleek über die Umgestaltungen in der SBZ: „Insgesamt genommen bewirkten diese ‚Reformen‘ eine außerordentlich starke Umwandlung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der deutschen Ostzone, die sich von der Entwicklung in Westdeutschland entscheidend abhob. Dennoch konnte man die getroffenen Maßnahmen, wenn man sie entsprechend interpretierte, auch aus den Potsdamer Beschlüssen herleiten, denn es wäre unrealistisch gewesen zu erwarten, daß die Sowjetunion unter dem Begriff Demokratisierung und Aufbau der Demokratie in Deutschland dasselbe verstehen würde wie ihre alliierten Partner aus dem Westen. Gerade wenn man die Schuld am Kriege und an der Entstehung des Nationalsozialismus und Militarismus den ökonomischen Mächten des Kapitalismus zuschob, mußte man nach kommunistischer Auffassung das Wirken dieser Mächte nicht allein stärker kontrollieren oder (durch Entflechtungsmaßnahmen z. B.) einschränken, sondern wenn möglich auf Dauer ausschalten. Auf jeden Fall mußte gewährleistet sein, daß der demokratische Aufbau zugleich antifaschistisch war; dies konnte nach kommunistischer Version nur bedeuten, daß den Mächten des Bürgertums, die wesentlich zum Aufstieg des Faschismus beigetragen hatten, keine Möglichkeit mehr gewährt werden sollte, auf den demokratischen Prozeß maßgeblich Einfluß zu nehmen. Da sich auch die wieder in die politische Verantwortung drängenden bürgerlichen Parteien nach dem Kriege auf ein antifaschistisches Programm festlegen ließen, war die sowjetische Besatzungsmacht bereit, sie in einem ‚Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien‘ mitwirken zu lassen, zumal dadurch für eine Zeitlang eine Fassade bürgerlicher Demokratie aufrechterhalten werden konnte.“<sup>16</sup> In ihrem in diesem Jahr erschienenen Buch „Grundzüge des politischen Systems Deutschlands“

---

16 Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 1972, S.37f.

ist davon nichts mehr zu lesen. Nun heißt es: „Obwohl die machtbestimmende kommunistische Partei, die eng mit der sowjetischen Militärverwaltung zusammenarbeitete, anfangs erklärt hatte, es ginge ihr nicht um die Einführung des sowjetischen Systems, sondern um die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, wurden schon gleich zu Beginn der Besatzungszeit in der sowjetischen Zone einschneidende Reformen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Industrie durchgeführt, welche die sozial-ökonomischen Voraussetzungen für den späteren Aufbau eines kommunistischen Systems schaffen sollten.“<sup>17</sup>

Der Tendenz nach wird die DDR nicht in ihrer alternativen Eigenständigkeit analysiert, sondern an der bundesdeutschen Norm gemessen. Sie erscheint dann lediglich als fremdbestimmte Abweichung von dieser Norm, und dem halben Jahrhundert SBZ/DDR wird nur die Bedeutung einer bloßen Episode oder gar Fußnote zugebilligt. Da ist es nur konsequent, wenn Manfred Görtemaker in seiner 2002 publizierten *Kleinen Geschichte der Bundesrepublik*,<sup>18</sup> die über die Bundeszentrale für politische Bildung weite Verbreitung findet, lediglich die Geschichte der Bonner Republik behandelt, die in und mit der Berliner Republik ihre einfache Fortsetzung findet. Die DDR befand sich demnach außerhalb der Nationalgeschichte und kehrt erst mit ihrem Zusammenbruch und dem Anschluß an die BRD in diese, sich selbst aufgebend und spurlos verschwindend, zurück. Dieses Bild findet seine Abrundung darin, daß aus der Vor- und Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik mittels des Mottos „Im Anfang war Adenauer“ alle alternativen Ansätze und Bestrebungen ausgeblendet werden bzw. einfach daran vorbeigeschrieben wird.

Das ist auch in anderen neueren Arbeiten festzumachen, wie in dem im vorigen Jahr erschienenen Buch von Winfried Halder über die deutsche Teilung und doppelte Staatsgründung,<sup>19</sup> das in einer auf 20 Bände ausgelegten Reihe „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert“ erscheint, die als „erste vollständige Betrachtung nach der Wiedervereinigung“, verfaßt von einer neuen Generation von Historikern, angekündigt wird. Halder bietet ein in seinen Augen neues Erklärungsmuster zu der seit Jahrzehnten vielbearbeiteten und bis heute kontrovers diskutierten Thematik an. Aus der Tatsache, daß sowohl von alliierter als auch deutscher Seite ständig Bekenntnisse zur Einheit Deutschlands abgegeben wurden - bis hin zu den gesamtdeutschen Bekundungen und Verfassungsbezügen bei den beiden Staatsgründungen -, geht für ihn „klar (sic) hervor, daß die staatliche Teilung Deutschlands [...] eigentlich von niemanden gewollt wurde“.<sup>20</sup> Wir sehen uns also, heißt es weiter, „in der Rückschau

---

17 Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands*, Bonn 2003, S.34 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

18 Manfred Görtemaker: *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2002 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

19 Winfried Halder: *Deutsche Teilung, Vorgeschichte und Anfangsjahre der doppelten Staatsgründung*, Zürich 2002 (Reihe: *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Frank-Lothar Kroll und Ernst Piper).

20 Ebenda, S.12.



mit der Tatsache konfrontiert, daß die von allen beteiligten Seiten beharrlich praktizierte Einheitsrhetorik einherging mit der realen Teilung des Landes - ein Paradoxon, das der historischen Erklärung bedarf. Diese zumindest in ihren Grundzügen darzubieten, ist das Anliegen des vorliegenden Buches.<sup>21</sup> Halder sieht in der „Gleichzeitigkeit von Einheitsrhetorik und realer Spaltung“<sup>22</sup> das Kernproblem seines Themas. Das aber ist weder ein neuer, noch ein produktiver und schon gar kein die Forschung befördernder Ansatz. Denn schon in der älteren Forschungsliteratur, auf die kein Bezug genommen wird, ist dieses „Paradoxon“ ausführlich behandelt und dahingehend erklärt worden, daß auf alliierter wie deutscher Seite niemand als Spalter in die Geschichtsbücher eingehen wollte und deshalb alle Beteiligten Einheitsrhetorik betrieben. Das hieß aber keineswegs, daß jeder die Einheit tatsächlich wollte oder anstrebte. Adenauer visitierte nun einmal, aktenkundig und bekannt, aber von Halder „ausgespart“, schon im Sommer 1945 die staatliche Zusammenfassung der Westzonen an und nahm damit einen sich bald durchsetzenden westzonalen Trend vorweg. Die britische Regierungspolitik analysierte im Frühjahr 1946 die entstandene Lage dahingehend, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands unter den gegebenen Umständen nicht im britischen Interesse liege, denn dies impliziere als Gefahr „die Russen am Rhein“. Die USA folgten wenig später, und die Franzosen wollten ohnehin kein einheitliches Deutschland.

Von alledem erfährt der Leser nichts! Auch nicht davon, daß ostdeutsche Politiker keineswegs, analog zu Adenauer, einen Oststaat im Visier hatten, dessen Lebensfähigkeit ja bezweifelt werden mußte, und ernsthaft um gesamtdeutsche Verständigung rangen (nicht nur die SED, sondern auch Kaiser und Külz). Die gewiß kritisch zu hinterfragende Volkskongreßbewegung erscheint bei Halder lediglich als „Vorbote“ der Oststaatsgründung.<sup>23</sup> Dabei arbeitete der Verfassungsausschuß des Volksrates nicht, wie Halder fälschlich behauptet, die DDR-Verfassung,<sup>24</sup> sondern eine gesamtdeutsche Verfassung aus, die später erst durch neue Umstände zur DDR-Verfassung mutierte. Andererseits verhielt es sich nicht einfach so, daß die Entwicklung der SBZ strikt am gesamtdeutschen Ziel ausgerichtet wurde. Schon aus der Zoneneinteilung, die zu einer Aufteilung geriet, ergab sich die Notwendigkeit, die SBZ eigenständig zu entwickeln und auszubauen. Dies geschah bis zum kalten Krieg - und teilweise auch noch danach - jedoch unter ausreichender Berücksichtigung gesamtdeutscher Perspektiven. Man kann und muß die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform und der anderen Umgestaltungen kritisieren, aber sie lagen grundsätzlich im damaligen alliierten wie antifaschistischen deutschen Denkhorizont und Forderungskatalog. Daher gilt für sie *mutatis mutandis*, was Wolfgang Zank resümierend zur Bodenreform feststellte: „Während [...] in der Sowjetzone eine Bodenreform verwirklicht worden ist, bei der viele

---

21 Ebenda, S.13.

22 So die Überschrift der Einleitung, ebenda, S.7.

23 Ebenda, S.89.

24 Ebenda, S.92.

Ungerechtigkeiten begangen wurden, beging man im Westen die eine ganz große Ungerechtigkeit: den Verzicht auf die Bodenreform.<sup>25</sup> Halder behauptet demgegenüber unreflektiert, daß als Hauptursachen für die Teilung Deutschlands die Bodenreform und die anderen Umgestaltungen in der SBZ festzumachen seien.<sup>26</sup>

Es verwundert schon, daß die Herausgeber, die hohe wissenschaftliche Ansprüche formulieren, eine Darstellung akzeptiert haben, die weder archivalische noch gedruckte Quellen, wie z. B. Konferenzprotokolle, heranzieht, sondern ohne Ausnahme (!) nur auf Sekundärliteratur verweist, den Forschungsstand auf weiten Gebieten ignoriert und so unbekümmert mit der Geschichte umgeht. Hinzu kommen grobe Verstöße gegen die wissenschaftliche Akkuratess. Weil es so bezeichnend für einen arroganten und ignoranten Umgang mit der ostdeutschen Zeitgeschichtsschreibung bzw. derjenigen der DDR ist, soll ein Beispiel aus der Feder desselben Halder vorgestellt werden: „Bezeichnend für die Statik der DDR-Forschung zu den Ursachen der deutschen Teilung ist“, behauptet er, „daß eine zweifellos als weitverbreitetes Standardwerk anzusehende Darstellung der Geschichte der DDR, Mitte der siebziger Jahre publiziert, lediglich in ihrer zweiten Auflage 1984 marginal verändert und dann 1989, pünktlich zum 40. Jahrestag der Staatsgründung, in ausdrücklich unveränderter Fassung zum vierten und letzten Mal neu aufgelegt wurde.“<sup>27</sup> Die Fußnote dazu lautet: „Vgl. Badstübner u. a., Geschichte der DDR, 20“ Einen solchen Titel hat es Mitte der siebziger Jahre niemals gegeben, wohl aber eine Geschichte der DDR unter dem Titel „Werden und Wachsen“, verfaßt unter der Leitung von Heinz Heitzer. Davon gab es aber keine weiteren Auflagen. Im Literaturverzeichnis taucht der Titel auf: Badstübner, Rolf u. a., Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin(Ost) <sup>4</sup>1989. Diesen Titel gibt es auch nicht! Das Hochschullehrbuch, das hier offensichtlich gemeint ist, ist nur 1981 und dann 1984 in einer durchgesehenen zweiten Auflage erschienen. Halder erfindet einfach, um zu diffamieren. Ernsthafter Auseinandersetzung geht er aus dem Weg. Er konstruiert eine „Statik“, die es nicht gab.

Die alternative ostdeutsche historische Kultur praktiziert einen anderen Zugriff auf die deutsche Nachkriegsgeschichte als er in der BRD gängig war (und ist). Sie knüpft an die Befreiungsperspektive an, die in der DDR von Anfang an zum historisch-konzeptionellen Arsenal gehörte, während sie in der BRD bekanntlich erst in den achtziger Jahren eine zögerliche öffentliche Rezeption fand und in der Zeitgeschichtsschreibung kaum Wurzeln schlug. Die Zeitgeschichtsschreibung der Bonner Republik wurde sehr stark von Dietrich Erdmann und seiner maßgeblichen Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte in Gebhardt's Handbuch der deutschen Geschichte geprägt.<sup>28</sup> Erdmanns Verstrickungen in den National-

---

25 Wolfgang Zank: „Junkerland in Bauernhand“, in: Die Zeit, 12.10.1990, S.50.

26 Halder, Teilung, S.232f.

27 Ebenda, S.13.

28 Siehe Dietrich Erdmann: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22), 4. Aufl., 35. bis 40. Tausend, München 1984. Die erste Auflage war 1976 erschienen.

sozialismus bis hin zur Abfassung einer Geschichte von 1871 bis 1938 (!) im Rahmen einer Schulbuchreihe und gemäß dem Nazi-Lehrplan, in der demgemäß eine nazistische Sichtweise dominierte,<sup>29</sup> waren damals nicht bekannt oder wurden von seinen Schülern ignoriert. Es hatte seine Logik, daß Erdmann seine Darstellung aus der Perspektive der Niederlage und derjenigen geschrieben hat, die Deutschland vor allem als Objekt der Besatzungsmächte sahen - und eben nicht aus der Perspektive der Befreiung von der menschen- und völkermordenden nazistischen Herrschaft, der Befreiung auch zu einem neuen Anfang von Grund auf und zum Anderswerden. Aber genau das tat die dem Antifaschismus verpflichtete DDR-Historiographie. Und das war - trotz Einseitigkeiten, Vereinfachungen und politischer Instrumentalisierung - nicht falsch, und ist es jetzt noch weniger. Von dieser Perspektive aus wird einerseits alles, was nach 1945 in Richtung auf einen Neuanfang von Grund auf hinauslief, auf Bodenreform, Sozialisierung, Umerziehung und Anderswerden, Entnazifizierung und Trauerarbeit, ernster genommen und stärker gewichtet als in der überwiegenden Mehrzahl westdeutscher Darstellungen. Auf der anderen Seite werden die verhinderte Neuordnung, das Scheitern der Entnazifizierung und die restaurativen Züge in den Westzonen berechtigter Kritik ausgesetzt. Ein solches Herangehen muß keineswegs dazu führen, östliche Demokratiedefizite und stalinistische Deformierungen zu bagatellisieren. Das sich - anfangs noch mit einem ungewissen Ausgang - Bahn brechende, wenngleich mit schweren Hypotheken belastete Neue und Positive, wie Westbindung, Verwestlichung und Abkehr vom deutschen Sonderweg, soziale Marktwirtschaft und pluralistische Demokratie, werden nicht abgewertet oder übersehen.<sup>30</sup> Allerdings weist ja vieles schon länger darauf hin, daß die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik ihre deutlichen Grenzen hat und der Ausgang offen ist.

Eine andere wichtige konzeptionell-methodologische Positionierung der alternativen ostdeutschen Geschichtskultur besteht darin, nicht einfach aus der Perspektive des Scheiterns zu schreiben und einen „Untergang auf Raten“ zu konstatieren. Nicht deshalb, weil das jemandem nicht paßt, sondern, weil der historische Prozeß in seiner Subjekt-Objekt-Dialektik so nicht „abgelaufen“ ist. Sicher konnte man die Lebensfähigkeit der DDR schon bei ihrer Geburt bezweifeln, aber als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems schien sie eine Chance zu haben. Charles Maier hat nach dem Ende der DDR darauf verwiesen, daß noch bis in die sechziger Jahre ernst zu nehmende Ökonomen im Westen die sozialistischen Planwirtschaften für durchaus leistungsfähig hielten und einige von ihnen sogar einen Sieg des Sozialismus über

29 Siehe Martin Kröger/Roland Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik, München 1996; Volker Ullrich: Soldatische Lebensformen. Die zwei Vergangenheiten des Historikers Karl Dietrich Erdmann, in: *Die Zeit*, 18.10.1996, S.23. Siehe auch: Peter Schöttler (Hrsg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationsswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt am Main 1997; Götz Aly: *Macht-Geist-Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997.

30 Ich darf in diesem Kontext auf meine vergleichende, parallele und zugleich asymmetrische verflochtene Darstellung verweisen: Rolf Badstübner: *Vom Reich zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch*, Berlin 1999.

den Kapitalismus unter fordistischen Produktionsbedingungen für möglich glaubten.<sup>31</sup> Trotz des Scheiterns handelte es sich, und das sollte nicht einfach vergessen oder mißachtet werden, beim Sozialismus um ein historisches Projekt von säkularem Rang, das das 20. Jahrhundert nicht nur, wenn man dem von Hobsbawm entworfenen großen Geschichtspanorama folgt, negativ beeinflusst hat. Hobsbawm schrieb:

„Ohne die Oktoberrevolution bestünde die Welt (außerhalb der USA) heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe von autoritären und faschistischen Varianten als aus einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien. Eine der Ironien dieses denkwürdigen Jahrhunderts ist, daß das dauerhafteste Resultat der Oktoberrevolution - deren Ziel es ja war, den Kapitalismus weltweit umzustürzen - ausgerechnet die Rettung ihres Antagonisten im Krieg wie im Frieden war: Sie spornte ihn an (indem sie angst machte), sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zu reformieren; und sie machte wirtschaftliche Planung in einer Weise gemeinverständlich, daß schließlich sogar einige ihrer Aspekte zum Prozedere dieser Reform gehören sollten.

Doch sogar nachdem der liberale Kapitalismus gerade noch die dreifache Herausforderung von Zusammenbruch, Faschismus und Krieg überstanden hatte, schien er noch immer einem weltweiten Vormarsch der Revolution ausgesetzt, die sich nun um die aus dem Zweiten Weltkrieg als Supermacht hervorgegangene Sowjetunion sammeln konnte.

Im Rückblick können wir nun erkennen, daß die globale sozialistische Herausforderung des Kapitalismus auf der Schwäche ihres Gegners beruhte. Ohne den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der Katastrophen hätte es keine Oktoberrevolution und keine Sowjetunion gegeben. Das Wirtschaftssystem, das auf der ruinierten eurasischen Landmasse des einstigen Zarenreichs unter dem Namen Sozialismus improvisiert wurde, hätte anderenfalls weder im eigenen Land noch andernorts als realistische globale Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft gelten können, und seine eigentlichen Errungenschaften ließen sich erst erkennen, als im Kapitalismus schon das Goldene Zeitalter herrschte.<sup>32</sup>

So wie das „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus einen entscheidenden Entstehungsgrund in der Herausforderung des Weltsozialismus hatte, war sehr wahrscheinlich auch die andere deutsche Gesellschaft ein Grund für die starke sozialstaatliche Ausprägung der Bundesrepublik. Und die konsequente Verständigungs- und Aussöhnungspolitik der DDR gegenüber Polen und Tschechoslowakei festigte den status quo und damit den Frieden gegenüber revanchistischen und revisionistischen Bestrebungen und Forderungen und bereitete so den Boden für die von der sozialliberalen Koalition geschlossenen Ostverträge.

---

31 Siehe Charles S. Maier: Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S.199.

32 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S.22f.

Die Geschichte enthielt stets mehr Möglichkeiten als nur die, die sich mit scheinbarer Zwangsläufigkeit durchsetzte. Es ist vor allem zu berücksichtigen, daß diejenigen, die Geschichte machten oder sie beeinflussten, mit Zielperspektiven handelten und die Ergebnisse nicht vorwegnehmen konnten. Die Zeitgenossen, die die DDR nicht ablehnten, hatten ein stadial unterschiedliches Bild von der DDR, aber eins mit Zukunftserwartungen - bis in die achtziger Jahre hinein. Man sollte auch nicht vergessen, daß der 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik vom Tenor geprägt war, daß die Bundesrepublik eines nicht erreicht habe, nämlich die Einlösung des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes, was in absehbarer Zeit auch nicht erwartet werden könne.

Günter Wallraff stellte vor kurzem in einem Interview im „Tagesspiegel“ - eigentlich nebenbei - fest, daß weite Teile der Linken in der Alt-Bundesrepublik bis in die SPD hinein die DDR auf lange Sicht als die bessere Gesellschaft angesehen haben.<sup>33</sup>

Dies alles hier anzumerken, geschieht keineswegs mit dem Anliegen, die DDR schönzureden. Mit diesen Einwänden soll einseitigen Sichtweisen entgegengesteuert werden. Es geht darum, DDR-Geschichte in ihrer eigenständigen, insbesondere gesellschaftsgeschichtlichen Qualität differenziert zu verdeutlichen, DDR-Geschichte als eine andere, alternative deutsche Variante darzustellen und als einen anderen deutschen Nachkriegsweg, der sich aus Geschichte und Nachkriegskonstellationen ergeben hat, zu versachlichen. Wie die ehemaligen DDR-Bürger hat sich auch jene Minderheit der Zeitgeschichtshistoriker, die nach 1990 weitergearbeitet hat, in beträchtlichem Maße zu neuen Positionen bewegt. Das sollte nicht, wie es geschieht, übersehen oder abwertend beurteilt werden, nur weil die alternative Richtung nicht paßt. Die meisten ostdeutschen Bundesbürger, und da sind die Zeithistoriker eingeschlossen, wollen die alte DDR keineswegs zurückhaben. Aber, ich zitiere aus der Einleitung des Buches „Befremdlich anders. Leben in der DDR“: „Sie pochen angesichts westdeutscher Deutungsmacht gegenüber DDR-Geschichte zunehmend auf das Recht, eine eigenständige kritische Erinnerungskultur auszubilden, und bestehen darauf, ihre durchaus heterogenen Lebenserfahrungen in die Geschichtsdebatten, aber auch in die übergreifenden gesellschaftlichen Diskurse der Gegenwart einzubringen, ohne sich ständig als Mitläufer oder Täter verteidigen zu müssen. Zugleich verwahren sie sich dagegen, die Rückschau auf ihr gelebtes Leben mit seinen Höhen und Tiefen als reine Defizitbilanzierung aufzufassen [...], denn die meisten DDR-Bürger haben schließlich lange oder kurze Phasen der Lebenszufriedenheit und des persönlichen Glücks durchlaufen. Und so mehren sich die Versuche, DDR-Vergangenheit auf eigene Weise zu reflektieren und selbstbestimmt zu verarbeiten.“<sup>34</sup>

Wie immer man zu der sogenannten Ostalgiewelle stehen mag, eins wird durch sie auf jeden Fall bekräftigt: Ein halbes Jahrhundert SBZ/DDR-Geschichte verschwindet nicht spurlos, es wirkt recht intensiv nach. Es war mehr als eine

33 Siehe dazu auch Gero von Randow: Wunderland DDR, in: Die Zeit, 1.10.2003, S.8.

34 Evemarie Badstübner (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S.7.

abschreckende Episode, die in der Nationalgeschichtsschreibung der Berliner Republik nur am Rande zu behandeln wäre. Nicht zuletzt mit der Ausstellung „Kunst in der DDR“ in der Neuen Nationalgalerie (2003) wurde deutlich, daß da etwas entstanden war, das Anspruch darauf hat, ein bleibender und gewichtiger Bestandteil der Nationalgeschichte, in diesem Fall der Kunstgeschichte, Deutschlands zu sein. Das Urteil ließe sich unschwer auf das Theater in der DDR ausdehnen, das, um Claus Peymann aus einem n-tv-Interview zu zitieren, „besser war als das bei uns im Westen“, sowie auf Literatur, Film und Fernsehen sowie andere Gebiete. Für viele wird im Rückblick - konfrontiert mit den Systemkrisen in der gegenwärtigen Bundesrepublik - klarer, daß der an sich selbst und den historischen Bedingungen gescheiterte Staatsozialismus in seinen eingeschränkten Möglichkeiten nicht nur mehr soziale Sicherheit, wenngleich auf begrenztem Niveau, zu bieten hatte, sondern auch auf nicht wenigen Gebieten wie Gesundheits-, Schulwesen, Frauenarbeit, Kinderbetreuung, Sportförderung durchaus Effektives und Modernes. Kurz: Es handelte sich um eine andere Gesellschaft mit einem eigenen Wertesystem, spezifischem Arbeits- und Alltagsleben. Es wirkte außerdem eine Tendenz des Auseinanderdriftens von System- und Lebenswelt, der vom Eigensinn geprägte Alltag, das soziale und kulturelle Leben waren immer inhaltsreicher und „besser“ als Politik und System, wobei auch dieses differenziert und sachlich einzuschätzen wäre. DDR-Geschichte kann nicht einfach auf Diktatur, Leben in der Diktatur und marxistisch-leninistische Ideologie reduziert werden. Es ist sehr zu begrüßen, daß schon seit längerem versucht wird, dem mit dem konzeptionellen Ansatz „Grenzen der Diktatur“ gegenzusteuern. Die Fixierung auf eine allmächtige Diktatur als Bezugspunkt, von dem man sich absetzt, bleibt gegeben und „begrenzt“ diese Grenzen wiederum. Beachtet man außerdem die jeweiligen Reichweiten und Grenzen von Demokratie einerseits und der spezifischen „realsozialistischen“ Diktatur andererseits, so standen sich BRD und DDR keineswegs nur in einem abstrakten Gut-Böse-Verhältnis von „Demokratie“ und „Diktatur“ gegenüber.<sup>35</sup> „Systemnähe“ schloß auch in der DDR die Möglichkeit für sinnerfülltes und ehrenwertes Leben nicht aus. Erst wenn in solcher Art an die deutsche Nachkriegsgeschichte herangegangen wird, kann es in der nunmehrigen Berliner Republik gelingen, der „inneren Einheit“ im Sinne eines Grundkonsenses im Rahmen der Pluralität den Boden zu bereiten.

---

35 In diesem Sinne auch hervorzuhebende Anklänge bei Lindenberger: „Beileibe nicht alles und jedes ist in Demokratien demokratisch geregelt, aber auch: nicht alles in der DDR war Diktatur.“ Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u.a. 1999, S.21.